

Sächsische Volkszeitung

Wochentags täglich nachm. mit Aufnahme der Sonn- und Festtage.
Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich
2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz
Deutschland frei Haus 2,62 M. in Österreich 4,48 M.
Ausgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M.
In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei
Haus 2,32 M. in Österreich 4,07 M. — Einzel-Art. 10 M.

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Ausgabe werden die geschulten Zeitungen oder deren Raum mit
15 M. Reklamen mit 50 M. die jeweils berechnet, bei Wiederholungen
entsprechenden Rabatt.

Rundschauerei, Redaktion und Geschäftsräume:
Dresden, Döllnitzer Straße 43. — Zeitungsdruck 13000

Für Rückgabe verlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Deutschlands Lebensmittelversorgung durch die — Sozialdemokratie.

Den sozialdemokratischen Vorwürfen gegen unsere bisherige Wirtschaftspolitik, sie sei schuld an dem Anziehen der Lebensmittelpreise, kann man nicht besser begegnen als mit der Frage: Wie stände es heute um die Lebensmittelversorgung Deutschlands, wenn wir immer den Rezepten der Sozialdemokratie gefolgt wären? Bis jetzt ist die Sozialdemokratie eine Widerlegung unserer Behauptungen schuldig geblieben, daß wir schon längst in die allergrößten Schwierigkeiten mit unserer Lebensmittelversorgung gekommen wären, wenn wir unsere heimische Lebensmittelproduktion nicht beiseiten geschüttet und so das Angebot von Lebensmitteln im eigenen Lande gestärkt hätten. Diese Selbstverständlichkeit leuchtet immer mehr ein, weil eben die unsichere ausländische Lebensmittelzufuhr immer mehr versagt. Die Sozialdemokratie aber drückt sich hartnäckig an einer Stellungnahme zu dieser so überaus wichtigen Frage vorbei. Die dauernde Lebensmittelversorgung unseres Volkes ist ihr anscheinend vollkommen gleichgültig; ihr kommt es nur darauf an, Krach zu schlagen, und auf einen „Kladderadatsch“ hinzuarbeiten.

In den Wer Jahren noch verkündete die Sozialdemokratie mit ihrer unfehlbaren Prophetenstimme: Wir brauchen keine eigene leistungsfähige Landwirtschaft. Andere Länder, wie Russland und besonders Amerika, liefern uns unsere Nahrungsmittel viel besser und billiger. Und feierlich wurden damals Russland und Amerika von der Sozialdemokratie zu Brotlieferanten des deutschen Volkes ernannt. Wie aber haben diese „Brotlieferanten“ die ihnen von unserer Sozialdemokratie zugesetzte Aufgabe erfüllt? Hören wir darüber die Sozialdemokraten von heute selbst. So schrieb schon der „Parteipapst“ Kautsky im Jahre 1909:

„Der Banker der russischen Landwirtschaft, sowie die Verwaltung der Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat läßt erwarten, daß der massenhafte Zufluss billiger Lebensmittel nach Europa allmählich versiegt... Die amerikanische Weizenproduktion zum Beispiel nimmt seit einigen Jahren nicht mehr zu... ist eher im Rückgang als im Fortschreiten begriffen, dafür zeigen die Preise eine entschiedene Tendenz zum Steigen.“ (Der Weg zur Macht Seite 75.)

Im Laufe der Zeit sind im sozialdemokratischen Lager verschiedene Stimmen laut geworden, die dieselbe Tatsache konstatieren. In allerjüngster Zeit schrieb wiederum die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ (Nr. 235, 1911):

„Russland und die Vereinigten Staaten waren die Länder, die der europäischen Landwirtschaft die schärfste Konkurrenz machten. Beide produzierten billiges Brot, das sie nach Europa verhandten. Die Schutzzölle wurden eben dadurch verteidigt, daß Russland und Amerika die deutsche Landwirtschaft bedrohten. Nun leiden gerade diese Länder heuer unter einer furchtbaren Teuerung.“

Diese Behauptung beweist die „Volksstimme“ sodann mit zahlenmäßigen Tabellen. Darauf heißt es:

„In Odessa, dem wichtigsten südrussischen Hafen, wurde (1910) für Roggen um 22 Prozent und für Weizen um 34 Prozent mehr als in den Jahren 1890 bis 1899 gezahlt (sobald das Jahr 1910, das noch einer außerordentlich guten Ernte folgte, eine gewisse Abschwächung der Getreidepreise gebracht hat). Besonders hoch sind aber die Preise in den Großstädten, speziell in den Residenzen Petersburg und Moskau gestiegen, wo 1910 die Fleischpreise um 50 bis 100 Prozent höher waren als 1900 bis 1904. Aber auch in Zentralrussland macht sich diese Teuerung äußerst fühlbar.“

Weiter schreibt das Blatt dann von den Vereinigten Staaten von Amerika, daß wir von dort ebenfalls nichts mehr zu erwarten haben. Hierüber führt er aus:

„Zu den Vereinigten Staaten hält die Ausdehnung der Ackerfläche mit der Zunahme der Bevölkerung nicht gleichen Schritt... Es ist deshalb eine gewisse Knappheit an Getreide eingetreten, die durch Einfuhr gedeckt werden muß.“

Wieder dient die „Volksstimme“ hier mit zahlenmäßigen Angaben, und sie schreibt dann schließlich:

„Es folgt daraus, daß Amerika in steigendem Maße zum Import von ländlichen Erzeugnissen übergeht... Man sieht, daß der Druck, den die Vereinigten Staaten auf die Landwirtschaft des Kontinents ausgeübt haben, immer mehr verschwindet, um so mehr, als wie bekannt, die Lebensmittelpreise auch in Amerika sehr hoch gestiegen sind. So der Weizenpreis von 111 Mark im Jahre 1901 auf 159 Mark im Jahre 1910.“

Das ist also das elende Fiasko der Prophete, den der „unfehlbaren“ Sozialdemokratie. An diesem Beispiel sieht man wieder so recht deutlich, welch unverantwortliche Politik die Sozialdemokratie betreibt, die die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes in der leichtfertigsten Weise aufs Spiel setzt. Wir ständen wir heute da, wenn wir uns nach dem weisen Rats der Sozialdemokratie damals so blind auf die Lebensmittelversorgung durch Russland und Amerika verlassen hätten! Man komme uns nicht mit der einfältigen Ausrede, daß wir kamen neue Zuflussländer. Als wenn das

nicht einmal ein Ende haben müßte und die übrigen Länder nicht die gleiche Entwicklung durchmachen würden! Auf diese Ausrede antwortete selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 15. Februar 1911 (Nr. 39):

„Wenn man dagegen (gegen das Aushören der Lebensmittelzufuhr aus Amerika) einwendet, daß andere Länder als Getreideexporteure hervortreten... so genügt der Hinweis auf den hohen Stand des Weltmarktpreises, um zu beweisen, daß die Industrialisierung der früheren Agrarländer rascher vor sich geht als das Erwachen neuer Agrarländer, und daß folglich der wachsende Bedarf durch diese Länder nicht gedeckt werden kann.“

Aus derartig bedrohlichen Tatsachen müßte doch jeder vernünftige Politiker und wirkliche Volksfreund beizeiten die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und danach auch handeln. Denn die Sicherung der Lebensmittelversorgung des Volkes ist doch gewiß eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Die Sozialdemokratie aber hat für die Lebensmittelversorgung des Volkes bisher nicht das Allergeringste geleistet. Im Gegenteil hat sie unsere Lebensmittelversorgung immer und überall auf das schwerste gefährdet. Wenn wir ihren Rezepten gefolgt wären, wenn wir uns immer so auf das Ausland verlassen hätten und unsere lebensmittelverschaffende Landwirtschaft schullos dem Untergange preisgegeben hätten wie etwa England, was sollten wir dann anfangen? Müßte nicht die Not eine furchtbare sein, wenn wir keine eigene Lebensmittelproduktion mehr hätten und ganz von dem unzuverlässigen Auslande abhängig wären, das selbst seine große Not hat, die eigene Bevölkerung zu ernähren! Das wäre die furchtbare Folge des sozialdemokratischen Rezeptes. Und da wagt es die Sozialdemokratie noch in ihrer unerloschenen Dreistigkeit, sich als „die einzige wahre Volksfreundin“ auszuspielen. In Wirklichkeit aber ist die Sozialdemokratie die Partei des allerschlimmsten Volksverrates!

Der italienisch-türkische Krieg.

Der laute Jubel der italienischen Presse tönt bereits recht gedämpft. Man glaubte mit einem fühligen Rückschlag einen günstig gelegenen großen Länderkrieg anstrengen zu können, und hatte dann die Unverzorenenheit, der Türkei noch 50 Millionen Entschädigung zu bieten. Diese Zahlung ist nicht angenommen worden, sondern die Türkei rüstet sich zur Verteidigung von Tripolis. Nun hat Italien im Kriege längst 50 Millionen verbraucht, und doch steht es erst am Anfang des Kampfes. Jetzt sieht man in Italien ein, daß er wenigstens eine halbe Milliarde kosten wird, ganz abgesehen von den Menschenleben, die der Raubzug vernichtet. Dazu kommt noch, daß die Türken neben dem Bewußtsein ihres Rechtes die Sympathien aller Völker auf ihrer Seite haben, die sich zum Teil von Seiten ihrer Glaubensgenossen durch materielle Spenden und Aufforderung zum außersten Widerstande, zum Teil von Seiten europäischer Völker durch eine moralische Pression auf Italien zu ihren Gunsten bestätigt. Dem Kriegstransche der Italiener dürfte unter solchen Umständen eine lange Lebensdauer nicht beabsichtigt sein, da gerade bei diesem Volke das Bewußtsein des Alleinstehens einen deprimierenden Einfluß ausübt. Dazu werden sich bald die Klagen der Großindustriellen und ihrer Arbeiter in Norditalien gefallen, von wo aus ein sehr bedeutender Teil der Erzeugnisse in die Levante ging.

Die Türken aber haben sich zum außersten Widerstand entschlossen. Sie sind darin mit der Regierung eins, daß Widerstand bis zum außersten die einzige mögliche Antwort auf den italienischen Angriff bedeutet, will nicht die Türkei morgen von anderen buntelustigen Staaten überfallen und zu Gebietsabtretungen gezwungen werden. Der anfänglich befürchtete Konflikt mit den Balkanstaaten nimmt inzwischen an Wahrscheinlichkeit eher ab als zu. So gern Griechenland und Bulgarien eine Verlegenheit der Türkei zu ihrem Vorteile auszunutzen möchten, sie erkennen deutlich, daß der jetzige Moment einer der ungeeignetsten ist. Die türkische Armee ist fast vollständig mobilisiert und gefechtsbereit. Sie ist heute kriegslustiger denn je und wünscht sehrlich den Moment herbei, an den Feind zu kommen. In diesem Zeitpunkt mit der Türkei Händel anzutun, dürfte daher selbst für die verhinderten Bulgaren und Griechen eine recht gewagte Sache sein, um so mehr, als sie auf eine italienische Unterstützung in Mazedonien keineswegs rechnen können. Auch würde Österreich-Ungarn jeder Truppenlandung in der europäischen Türkei mit den Waffen in der Hand entgegentreten.

Italien droht, einige europäische Inseln besetzen zu wollen. Das ist schneller gelöst als getan. Aber auch wenn es geschieht, so ist es von keiner Wichtigkeit. Bei einer Truppenlandung in der asiatischen Türkei würde Italien auf den Widerstand der neu organisierten und modern bewaffneten türkischen Armeeteile stoßen. Außerdem wächst die Truppenmacht in Tripolis von Tag zu Tag; sie beträgt gegenwärtig 60 000 Mann. Auch kam es in Tripolis selbst zu einem Aufstande, der den Italienern 120 Mann gefestet hat. Täglich werden 40 bis 50 Araber erschossen.

Vom Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß die italienischen Truppen am Freitag ihre Verteidigungslinie enger

konzentriert haben, um sich der fortgesetzten Angriffe der Türken zu erwehren. Der Kampf am Freitag soll nach italienischen meldungen der Türkei 2000 Tote gekostet haben. Ihre Gesamtstärke belief sich auf 10 000 Mann. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Italiener 300 Tote und 700 Verwundete hatten.

Die italienischen Verluste haben sich als größer herausgestellt, als anfangs gemeldet wurde; aber es ist unmöglich, die Gesamtzahl genau anzugeben, da die notwendigen meldungen beim Kommando noch nicht eingelaufen sind. Am schwersten litten das 84. Infanterieregiment, von dem 70 Mann kämpfungsfähig wurden, und die Kavallerie aus Lodi, die 18 Mann verlor. Viele Gefangene versichern, daß die Araber den Türken nicht freiwillig folgen, sondern, weil diese ihre Familien als Geiseln genommen haben. Trotzdem kann man nicht leugnen, daß die arabischen Waffen auch von religiösem Fanatismus getrieben werden, der in gefährlicher Weise in ihnen angefaßt worden ist. In Derna geht alles seinen ruhigen Gang. Die Fluchtung der Truppen ist vollendet. Die Gegend ist ruhig. Der 28. Oktober und die Nacht sind in der Umgebung von Tripolis ruhig verlaufen, nur in der Dose haben sich einige Zwischenfälle ereignet. Am gleichen Tage unternahm der Feind einen Angriff auf Homs, wurde aber unter beträchtlichen Verlusten, deren genaue Höhe noch nicht feststeht, zurückgeschlagen. Die Italiener hatten zwei Tote und zwei Verwundete. Am Sonntag ist das Hospitalschiff „Regina Elena“ mit Kranken und Verwundeten an Bord aus Tripolis abgegangen. 920 gefangene Araber sind auf der Insel Ustica, 595 weitere auf Tremoli gelandet worden.

Der Minister des Innern hat eine Depeche des türkischen Konsuls in Malta erhalten, wonach der seit Tagen erwartete allgemeine Angriff der türkischen Truppen gegen die italienischen Positionen in Tripolis erfolgt und für die Türken siegreich gewesen sei. Es handelt sich zweifellos um den Kampf am Freitag.

Der „Aldam“ meldet, daß die Türken hätten zahlreiche Stellungen belegt, Verhinderungen aufgeworfen und, von Artillerie unterstützt, in vier Kolonnen die im Vormarsch befindlichen Italiener angegriffen, die geschlagen worden seien und zahlreiche Gefangene, darunter drei Hauptleute und mehrere Offiziere, verloren hätten.

Die Zeitung „Aldam“ teilt mit, daß infolge der Stürme im Mittelmeerraum die italienische Flotte Tripolis verlassen müsse. Die türkischen Truppen hätten, unterstützt von den Einheimischen und Arabern, nach einem sehr heftigen Kampf und Angriffen die Stadt Tripolis wieder genommen. In Rom begegnet man der Nachricht noch mit Zweifeln.

Die Bemühungen des deutschen Botschafters Freiherrn v. Marschall Friedensverhandlungen einzuleiten, sind vollständig zum Stillstand gekommen. Die Stimmung ist infolge der neuesten meldungen aus Tripolis sehr gehoben. Die türkfreundlichen Artikel der deutschen Blätter machen hier einen günstigen Eindruck und verbessern wieder die Stimmung für Deutschland.

Politische Rundschau.

Dresden, den 30. Oktober 1911.

— Die Stichwahlen in Elsaß-Lothringen brachten dem neuen liberal-sozialdemokratischen Großblock nicht die erhoffte Verstärkung. Das Zentrum gewann zu den 20 Sitzen bei der Hauptwahl weitere 4 hinzu. Die Sozialdemokraten zogen den Rücken aus dem Block; zu den 5 Mandaten erlangten sie Dank der liberalen Unterstützung weitere 6 Mandate. Die Liberalen kamen zu den 2 Sitzen noch 7 dazu. Der Lothringer Block eroberte zu den 9 Mandaten ein neues dazu. Außerdem zählt die Zweite Kammer: 6 Unabhängige, und zwar 4 liberal- und 2 zentrumsgesinnte Unabhängige. Es ist dem liberal-sozialdemokratischen Großblock also nicht gelungen, die 25 Mandate bei der Stichwahl unter sich aufzuteilen.

— Der Reichstag und der Marokkohandel. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

„Die Frage, ob ein Staatsvertrag über die Abtretung oder den Erwerb von Kolonialbesitz zu seiner staatsrechtlichen Gültigkeit der Zustimmung des Bundesrates und der Genehmigung des Reichstages bedarf, ist, wie wir hören, von den zuständigen Reichsdämmern geprüft und im voreinlegenden Sinne beantwortet worden. ... Das deutsch-französische Abkommen geht nach allen vorliegenden Nachrichten seinem Abschluß entgegen, und es ist zu hoffen, daß, wenn erst einmal die Bündschäften sich gelegt haben, die Rücksicht dieser Abmachungen für beide Teile Anerkennung finden wird. Über die Vorgeschichte und den Verlauf der Verhandlungen zu sprechen, wird sich bei der Erörterung des Abkommens Anlaß bieten. Dies ist um so erwünschter, um nicht zu sagen notwendiger, als noch immer die merkwürdigsten Mythen darüber verbreitet werden. Insbesondere wird die Rolle Englands und deren Einwirkung auf die Haltung Deutschlands noch immer falsch dargestellt. Es wird sich weiterhin zeigen, wie hallus diese Behauptung ist, daß Deutschland bei Einleitung oder während des Verlaufes der Verhandlungen mit Frankreich vor einem Einspruch von dritter Seite zurückgewichen sei. Deutschland

Wegen des Reformationsfestes und des Festes Allerheiligen erscheint die nächste Nummer erst Donnerstag den 2. November nachmittags.